Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf “weiterlesen” klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (CR/AT)

Bitte beachten Sie: Wir weisen in den Hinweisen des Tages ausschließlich auf kostenlose Artikel hin. Es kann im weiteren Verlauf trotzdem vorkommen, dass Sie auf Texte stoßen, die sich hinter einer Bezahlschranke befinden. Der Grund dafür: Anbieter von Artikeln haben den kostenlosen Zugang nachträglich eingeschränkt oder/und in kostenpflichtige Angebote umgewandelt.

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. Jeffrey Sachs: Eine Architektur der Sicherheit für Europa
2. Bericht aus Moskau: „Die Russen sagen, der Krieg ist beschissen, er muss beendet werden“
3. Europa gibt so viel für Militär aus wie nie
4. Berlins Haushaltsultimatum
5. Zehnmal teurer: Glasfaser wird für ukrainische Drohnenbauer knapp
6. Warum die Friedensbewegung erstarrte
7. Wenn der Souverän nur noch stört
8. So etwas tut ein Rechtsstaat nicht: Anmerkungen zu den geplanten „Schutzmaßnahmen“ des Bundesamts für Verfassungsschutz
9. Polizei durfte Daten nicht an Arbeitgeber übermitteln
10. „Nord Stream“-Prozess: Geheimdiensthinweis lenkte Ermittlungen auf Andromeda-Segeljacht
11. Deutsche Bundesbank: Whatever it takes! Der Griechenland-Irrsinn muss wiederholt werden
12. Die OECD über Argentinien: Falsche Prognosen und klare Vorurteile
13. Wegen Sonderbelastungen: VW verdient nur noch zwölf Euro pro verkauftem Auto
14. Zukunft der Gasnetze bei 38 Prozent der Stadtwerke noch offen
15. Sie sind gegen den Staat, dem sie ihren Reichtum verdanken

Vorbemerkung: *Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Verantwortlich für die Richtigkeit der zitierten Texte sind die jeweiligen Quellen und nicht die NachDenkSeiten. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.*

1. **Jeffrey Sachs: Eine Architektur der Sicherheit für Europa**
   Jeffrey Sachs sagt, die Nato könne nicht die europäische Sicherheitsarchitektur bestimmen. Sie sei ein von den USA geführtes Bündnis, das auf westliche Vorherrschaft abziele.
   Russland fordert seit fast zwei Jahrzehnten eine neue europäische Sicherheitsarchitektur, beginnend mit der Münchner Rede von Präsident Putin im Jahr 2007 und dem von Präsident Medwedew 2008 vorgeschlagenen Europäischen Sicherheitsvertrag, gefolgt von Moskaus Vertragsentwürfen vom Dezember 2021 und Putins Forderung vom Juni 2024 nach unteilbarer Sicherheit in ganz Eurasien. Die Antwort des Westens hat sich nicht geändert. Wie es in einer britischen Erklärung vor dem ständigen Rat der OSZE im Juni 2026 hieß, fordere Russland immer wieder eine neue Sicherheitsarchitektur, „aber wir haben bereits eine".
   Die britische Darstellung ist nicht richtig.
   Quelle: World News Monitor

   dazu: **Was kommt nach den Gesprächen in Abu Dhabi?**
   Was geschah in Abu Dhabi? Vor den Gesprächen in der Hauptstadt der Vereinigten Arabischen Emirate gab es eine gewisse Hoffnung, sogar Optimismus. Es war die erste Begegnung zwischen russischen und ukrainischen Diplomaten seit Februar. Allein dies wurde von einigen Kommentatoren als gutes Zeichen gewertet.
   Die Kluft zwischen den beiden Seiten blieb jedoch groß. Die russische Position war bereits vor Beginn der Gespräche klar und hat sich nicht geändert. „Für Russland ist dies eine existenzielle Angelegenheit", sagte Sergej Markow, ein russischer Politikwissenschaftler und ehemaliger Berater des russischen Präsidenten Wladimir Putin, gegenüber Globalbridge. „Die russische Position zur Ukraine ist existenziell. Wenn Europäer behaupten, ihre Position zur Ukraine sei existenziell, ist das eine offensichtliche Lüge. Europäische Politiker fürchten zwar eine Destabilisierung Europas. Aber für sie ist die Ukraine-Krise nicht existenziell.
   Quelle: Globalbridge

   dazu auch: **Europas Weg zur Militärmacht: Warum Russland das verhindern will**
   Die Amerikaner wollen raus aus Europa – und ein neuer Riese entsteht: Frankreich und Großbritannien liefern den nuklearen Schirm. Deutschland zahlt, die Ukraine bringt ihr Drohnen-Know-how ein. Russland muss reagieren. […]
   Moskau verlangt daher, dass Frankreich und Großbritannien ihre Atomwaffen nicht zum Schutz anderer europäischer Staaten einsetzen. Das geht aus einem russischen Verhandlungspapier vom 10. November hervor, über das die New York Times

berichtet. Russland fordert außerdem ein Ende westlicher Waffenlieferungen an die Ukraine, ihren Ausschluss aus der gemeinsamen EU-Verteidigungspolitik und einen Rückzug der Nato auf ihre militärischen Positionen von 1997. Das Papier mit den russischen Forderungen wurde bei den Gesprächen in Abu Dhabi verbreitet.
Eine Quelle aus der russischen Verhandlungsdelegation erklärte gegenüber Reuters, die Regelung des Ukraine-Konflikts sei „nur ein Aspekt dieser umfassenden Diskussion und dem Hauptziel untergeordnet: der Schaffung einer umfassenden und unteilbaren Sicherheitsarchitektur für den gesamten Kontinent“.
Quelle: World News Monitor

und: **Wir Marionetten**
Lawrence Wilkerson, ehemaliger Stabschef des US-Außenministers, berichtet im Interview, mit welchen Methoden die USA Europas Regierungschefs unterwarfen.
Der alte Haudegen nimmt kein Blatt vor dem Mund. Die Europäer bewiesen mit jedem Tag immer wieder, dass sie den Verstand verloren hätten. So die Diagnose von Oberst a. D. Lawrence Wilkerson. Wie er zu diesem Urteil kommt? Unter anderem diagnostiziert Wilkinson eine Unfähigkeit der Europäer, eine eigene stabile Sicherheitsarchitektur aufzubauen. Dies sei fatal, nachdem sich die USA nach und nach zurückzögen — jedoch nicht, um Gutes zu tun, sondern um in anderen Hemisphären der Welt Unheil anzurichten. Rivalen des Westens wie China hätten somit freie Bahn. Der Führungsoffizier plaudert überdies aus, wie die USA das schlechte Gewissen der Deutschen wegen des Holocaust geschickt bewirtschafteten. Eine vernichtende Diagnose, aus der wir viel über Geopolitik lernen können.
Quelle: Manova

2. **Bericht aus Moskau: „Die Russen sagen, der Krieg ist beschissen, er muss beendet werden“**
   In Russland gibt es keine Begeisterung für den Krieg gegen die Ukraine. Reiner Braun vom Internationalen Friedensbüro (IPB) sagt im Interview mit World News Monitor: Der Krieg hat die liberalen Kräfte in Russland geschwächt. Der Dialog der Zivilgesellschaft sei heute wichtiger denn je.
   Reiner Braun, Vorstandsmitglied des Internationalen Friedensbüros (IPB), war vom 8. bis zum 12. November mit einer deutschen Delegation in Moskau. Es gab im Gespräch unter anderem mit dem Europainstitut der Akademie der Wissenschaften, dem Russian International Affairs Council, RIAC, der Gesellschaft Deutschland-Russland und der Deutschen Botschaft in Moskau. Im Interview mit World News Monitor schildert Braun seine Eindrücke von den Gesprächen.
   Quelle: World News Monitor

Anmerkung unseres Lesers E.G.: *Es wäre hier für uns in der BRD ja mehr als logisch und sinnvoll, nicht nur die alltäglichen Meinungsäußerungen des Herrn Selenskyi oder Nato-Leuten vernehmen zu müssen, sondern auch den vermeintlichen, selbstproduzierten "Feind" im Osten.*

dazu auch: **Einige Ansichten von Russen und Amerikanern zu den Ursachen des Ukraine-Krieges**
Das Projekt Moya Rossiya hat ein neues „Reel“ veröffentlicht und der amerikanische Journalist Stephen Kinzer ein neues Buch über den Ukraine-Krieg.
Wenn man ernsthafte Bemühungen unternehmen will, um den schrecklichen Ukraine-Krieg endlich durch einen Verhandlungsfrieden zwischen den Kriegsparteien zu beenden, muss man bei den Ursachen dieses Krieges ansetzen. Deshalb sollen im Folgenden noch einmal die wichtigsten Gedanken und Überlegungen dazu aufgeführt werden.
Quelle: Globalbridge

3. **Europa gibt so viel für Militär aus wie nie**
   Fast drei Billionen Dollar sind laut dem Stockholmer Friedensforschungsinstitut (SIPRI) 2025 weltweit für das Militär ausgegeben worden. Gemessen an der Wirtschaftsleistung ist das der höchste Wert seit 2009. Maßgeblich dazu beigetragen hat Europa: Allein im Vergleich zum Jahr davor stiegen die Rüstungsausgaben um 14 Prozent, sie waren so hoch wie noch nie. Die USA lagen weiter an der Spitze, doch der Abstand zu China und Russland schrumpfte.
   Quelle: ORF.at

   dazu: **Kuschelig und kriegstüchtig**
   Der neue Onlineshop der Bundeswehr bietet neben einer eigenen Modekollektion auch Taschenmesser und Teddybären — was wie eine Satire wirkt, wurde am Eröffnungstag zu einem Verkaufsschlager, der gesellschaftlich tief blicken lässt.
   Collegejacken, Mützen, Pullover, Badetücher, mit MGs bewaffnete Badeenten und bald auch Teddybären; die Bundeswehr lässt nun einen eigenen Onlineshop betreiben. Am 71. Gründungstag der deutschen Streitkraft ging der von „Sympathie Werbe Service“ betriebene Store um 12:00 online — und wurde digital überrannt. Über eine Million Aufrufe binnen der ersten beiden Stunden sollen es laut dem offiziellen Instagram-Account gewesen sein. Die martialische Badeente war prompt restlos abverkauft. Dass ein derartig satirisch anmutendes Produktsegment nicht zum Ladenhüter verkommt, sondern — im Gegenteil — zu einem Verkaufsschlager wird, gibt einen Einblick in die geistige und ethische Verfasstheit einer Gesellschaft, die auf schlafwandelnden Sohlen in Richtung der Trümmer tapst, mit denen sie vor rund 80 Jahren noch konfrontiert

war.
Quelle: Manova

dazu auch: **Schulen und Parks statt Panzer und Fregatten!**
Quelle: NachDenkSeiten

und: **Alle Tabus fallen: Bundeswehr schleicht sich mit Quietsche-Ente in die Kinderzimmer**
Quelle: NachDenkSeiten

4. **Berlins Haushaltsultimatum**
   Im Streit um den Versuch von Bundeskanzler Friedrich Merz, den neuen EU-Haushalt ultimativ mit einer Beteiligung aller EU-Staaten an der Finanzierung der Ukraine zu verknüpfen, zeichnet sich keine Lösung ab. Man sei „von einer Einigung noch sehr weit entfernt“, räumte Merz am Freitag auf dem EU-Gipfel in Dublin ein. Zuvor hatte er mit einer Blockade der Haushaltsverhandlungen gedroht, sollten sich nicht sämtliche Mitgliedstaaten zur Zahlung zusätzlicher Milliarden für Kiew verpflichten. Insbesondere die Slowakei, Tschechien, Ungarn und Bulgarien lehnen eine zusätzliche finanzielle Beteiligung ab. Der slowakische Ministerpräsident Robert Fico bezeichnete Merz‘ Forderung als „Lehrbuchbeispiel für Erpressung“. Zugleich verschärfen sich die Auseinandersetzungen um den nächsten Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) der EU für die Jahre 2028 bis 2034. Während Berlin Einsparungen von mehreren Hundert Milliarden Euro sowie eine Priorisierung der Ausgaben für Rüstung und Wettbewerbsfähigkeit fordert, wollen zahlreiche Mitgliedstaaten an den bisherigen Agrarsubventionen und Kohäsionsmitteln festhalten. Auch diesbezüglich ist kein Kompromiss in Sicht.
   Quelle: German Foreign Policy
5. **Zehnmal teurer: Glasfaser wird für ukrainische Drohnenbauer knapp**
   Ein ukrainischer Drohnenbauer zahlt zehnmal so viel für Glasfaser wie vor einem Jahr. Die KI bekommt die Schuld, doch die Zahlen sagen anderes.
   Der Krieg in der Ukraine wurde schon oftmals als Abnutzungskrieg beschrieben, bei dem in erster Linie der gewinnt, der mehr Ressourcen aufbringen oder sich leisten kann.
   Bei Glasfasern gibt es inzwischen ein erhebliches Problem, wie in einem Interview bei Ars Technica deutlich wird. Ein ukrainischer Drohnenbauer beklagt dort, dass man inzwischen für Glasfaser bis zu zehnmal so viel wie vor einem Jahr zahlen muss. Als Grund gibt er den riesigen Bedarf der Rechenzentren an. Es ist aber eine komplexere Geschichte, wie die Zahlen zeigen.
   Der Grund liegt auf der Hand: In dem Krieg um die Ukraine wird Glasfaser in Mengen

verbraucht, die vor zwei Jahren niemand eingeplant hatte. Der größte militärische Abnehmer sitzt in Moskau. Und mit jeder neuen Generation von Glasfaserdrohnen wird nicht nur die Leine länger, sondern auch die benötigte Menge an Glasfaser größer.
Quelle: Telepolis

6. **Warum die Friedensbewegung erstarrte**
Am Montag beginnen die „Graz Peace Dialogues“, eine internationale Konferenz, bei der die „Zukunft des Friedens in einer sich rasant verändernden Welt“ diskutiert werden soll. Die Gegenwart sieht recht düster aus. Im Gespräch mit ORF.at beantworten Friedensforschende, warum trotz zunehmender Militarisierung und Aufrüstung die Straßen leer bleiben.
Quelle: ORF.at
7. **Wenn der Souverän nur noch stört**
Es gibt Sätze, die mehr über eine Regierung verraten, als ihr lieb sein kann. „Wir werden den Iran vor den Zwischenwahlen zu keinem Zeitpunkt angreifen“, schrieb Donald Trump am 9. Oktober auf seiner Plattform. Am Abend des 2. November, dem Vorabend ebendieser Wahl, schlug das US-Militär auf der iranischen Insel Qeshm in der Straße von Hormus zu. Einen Tag später verloren seine Republikaner Repräsentantenhaus und Senat, und der Präsident räumte selbst ein, der Krieg habe ihn Stimmen gekostet. Wieder zwei Tage später bestätigte er neue Angriffe auf dieselbe Insel.
Quelle: Overton Magazin
8. **So etwas tut ein Rechtsstaat nicht: Anmerkungen zu den geplanten „Schutzmaßnahmen“ des Bundesamts für Verfassungsschutz**
Der Bundestag wird aller Voraussicht nach am 13. November 2026 das Gesetz zur Reform des Nachrichtendienstrechts verabschieden. Dieses Gesetz soll die Rechtsgrundlagen des Bundesnachrichtendienstes (BND) und des Bundesamts für Verfassungsschutz (BfV) grundlegend novellieren. Neben substanziellen Verbesserungen wirft es viele verfassungsrechtliche Zweifelsfragen auf, weil BND und BfV zahlreiche neue Befugnisse erhalten sollen. Das ist bei neuen Sicherheitsgesetzen praktisch immer so.
In einem Punkt geht der kurz vor Schluss erheblich überarbeitete Gesetzentwurf jedoch über den sicherheitsrechtlichen Normalbetrieb hinaus. Die neue Ermächtigung des BfV zu „Schutzmaßnahmen“ in §§ 59 ff. BVerfSchG-E lässt sich nicht mehr als das übliche Ausloten der Grenzen des Sicherheitsverfassungsrechts einordnen. Sie unterläuft vielmehr grundlegende rechtsstaatliche Standards in bisher ungekanntem Ausmaß.
Quelle: Verfassungsblog

dazu: **James BND**
Der reaktionär-militaristische Staatsumbau kam am Freitag einen großen Schritt voran. Der Bundestag beschloss eine tiefgreifende Reform des Geheimdienstrechts in Form eines Ermächtigungsgesetzes. 309 Abgeordnete stimmten mit Ja, 190 mit Nein, 71 enthielten sich. Damit erhalten Bundesnachrichtendienst (BND) und Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) die Lizenz zu »Einbruch und Sabotage« (der Jurist Rolf Gössner), schönfärberisch »aktive Maßnahmen« genannt. Grundrechte und Verfassung werden der Willkür der Geheimdienste ausgeliefert. Zur Begründung dient der Popanz des »hybriden« Krieges, dem die Bundesrepublik von den vereinigten »Autoritären«, »Extremisten« und »Terroristen« der Welt ausgesetzt sei. Die deutsche Teilnahme an den völkerrechtswidrigen Kriegen des Westens erwähnte niemand in der Debatte.
Quelle: junge Welt

dazu auch: **Das ist keine Sicherheit**
Ich könnte jetzt noch einmal aufzählen, was an der Neuregelung problematisch ist: Dass sie ein Bruch mit dem Trennungsgebot ist – eine Lehre aus der NS-Zeit, die eine weitere Geheimpolizei in Deutschland verhindern soll. Dass das geschichtsvergessen und gefährlich ist, gerade in einem Moment, wo Rechtsextreme der Macht näher sind als je zuvor in der Bundesrepublik. Dass die Dienste operative Befugnisse bekommen und zurückhacken können. Dass Journalist:innen nicht ausreichend vor Überwachung geschützt sind. Dass die Kontrolle zu lasch und viele Vorschriften vage sind. Dass einiges an der Reform vermutlich vor dem Verfassungsgericht nicht standhalten würde. Und dann?
„Selbstverständlich“ machen wir das so, würde Dobrindt vermutlich wieder einmal zur Kritik an den Ausweitungen sagen. „Unsere Geheimdienste schützen uns vor diesen Feinden, deshalb stärken wir sie.“ Der Verfassungsschutz ist Demokratieschutz für den Minister. Er spricht von einem „Schattenkrieg, der unsere Freiheit bedroht“.
Der Tenor: Wir müssen den Geheimdiensten alles erlauben, was geht (oder wohl auch verfassungsmäßig nicht mehr geht). Für unsere Sicherheit. Denn die geht über alles. Wer würde es wagen, da zu widersprechen?
Quelle: netzpolitik.org

9. **Polizei durfte Daten nicht an Arbeitgeber übermitteln**
Die Polizei Bochum hat Daten über einen Zeugen an dessen Arbeitgeber weitergegeben. Laut Gericht war das nicht rechtens.
Für die Aufklärung von Straftaten sind Polizei und Justiz häufig auf Zeugenaussagen angewiesen. Damit Menschen bereit sind, als Zeugen auszusagen, braucht es Vertrauen. Doch was passiert, wenn die Polizei Informationen über einen Zeugen aus

einem Ermittlungsverfahren an dessen Arbeitgeber weitergibt? (…)
Genau das soll bei Betrugsermittlungen der Polizei Bochum passiert sein. Die Ermittler haben eine Auskunft aus dem Bundeszentralregister über einen Mann eingeholt und anschließend Informationen daraus an dessen damaligen Arbeitgeber weitergeleitet. Der Mann arbeitete im öffentlichen Dienst und war in dem Betrugsverfahren lediglich Zeuge.
In der Folge soll der Mann sein Arbeitsverhältnis laut Polizei selbst beendet haben. Der Zeuge schilderte die Situation auf WDR-Anfrage jedoch anders: Seinen Angaben zufolge wurde er dazu gedrängt, zu kündigen.
Quelle: WDR

10. **„Nord Stream"-Prozess: Geheimdiensthinweis lenkte Ermittlungen auf Andromeda-Segeljacht**
Laut einem Beamten des Bundeskriminalamts (BKA) wurden die Ermittlungen zur Sprengung der „Nord Stream"-Pipelines durch einen Geheimdiensthinweis ungenannter Herkunft auf die in Rostock vermietete Segeljacht „Andromeda" fokussiert. Einem Bericht des Magazins „Legal Tribune Online" (LTO) zufolge schilderte der BKA-Beamte am dritten Tag (5. November) des laufenden Strafprozesses vor dem Hanseatischen Oberlandesgericht, dass infolge des beim Verfassungsschutz eingegangenen Hinweises die Ermittler alle Buchungen aussortiert hätten, bei denen ein Wohnsitz in Deutschland hinterlegt worden war. Laut der Anklage der Bundesanwaltschaft soll eine siebenköpfige Gruppe unter Führung des angeklagten ukrainischen Offiziers Serhii K. eine Segeljacht vom Typ Bavaria Cruiser 50 („Andromeda") genutzt haben, um Ende September 2022 den Sabotageakt durchzuführen.
LTO berichtet, der BKA-Beamte habe vor Gericht angegeben, der Verfassungsschutz habe bereits vor dem BKA am Tatort ermittelt.
Quelle 1: Multipolar
Quelle 2: LTO

11. **Deutsche Bundesbank: Whatever it takes! Der Griechenland-Irrsinn muss wiederholt werden**
Es gibt Leute, die versuchen nicht einmal zu verstehen, was es heißt, Mitglied in einer Währungsunion zu sein. Wenn die dann noch Deutsche sind und in verantwortungsvoller Position im Geldsystem arbeiten, dann wird es gefährlich. Gerade hat das Mitglied der FDP (einer Partei also, die es eigentlich nicht mehr gibt) und Mitglied im Direktorium der Deutschen Bundesbank, Michael Theurer, der FAZ die folgenden bemerkenswerten Sätze anvertraut:

> *Für den Euroraum gelte zu bedenken, dass die einzelnen Mitgliedstaaten im Falle einer Staatsschuldenkrise nicht auf die Notenbank zugreifen dürften. Ihre Verschuldung erfolge „gleichsam in Fremdwährung". Die Projektionen der EU-Kommission zeigten, wie groß der Handlungsbedarf sei. „Bei unveränderter Politik würde die Schuldenquote im Euroraum von 88 Prozent des Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2025 auf 105 Prozent im Jahr 2036 steigen", sagte Theurer.*

Man stelle sich vor, man hätte von Seiten der Bundesbank die gleichen Sätze im Jahr 1995 den Mitgliedskandidaten verkündet: Ihr werdet zwar Mitglied einer Währungsunion, aber die Währung, die ihr bekommt, ist Fremdwährung. Wer hätte dann tatsächlich die Fremdwährung gewählt?
Quelle: Relevante Ökonomik

12. **Die OECD über Argentinien: Falsche Prognosen und klare Vorurteile**
Wenn man wissen will, wie und wie stark ideologische Vorurteile die Arbeit angesehener internationaler Organisationen prägt, muss man sich deren Arbeit zu Argentinien anschauen. Bestes Beispiel ist die OECD, deren Argentinien-Prognose vom Sommer 2025 für das Jahr 2026 von Patrick Kaczmarczyk und mir zum Anlass genommen worden war, einen sehr kritischen Artikel zu schreiben.
Heute liegt uns die Prognose der gleichen Organisation aus dem Jahr 2026 für das Jahr 2026 vor – und siehe da, die Welt ist plötzlich eine ganz andere. Das ideologische Weltbild hat der Realität Platz machen müssen. Das für 2026 geschätzte Wachstum des BIP (GDP at market prices) beträgt nun nicht mehr 4,3 Prozent, sondern lediglich 2,8 Prozent.
Hatte man in Paris im Sommer 2025 noch erwartet, dass es 2026 eine Investitionsboom in Argentinien geben wird (fast 15 Prozent Zuwachs bei der Gross fixed capital formation, also den Bruttoanlageinvestitionen, Abbildung 1), stellt man jetzt fest, dass es einfach keinen Investitionsboom gegeben hat.
Quelle: Relevante Ökonomik
13. **Wegen Sonderbelastungen: VW verdient nur noch zwölf Euro pro verkauftem Auto**
Der deutsche Autobauer Volkswagen verdient einer Studie zufolge nur noch zwölf Euro je verkauftem Auto. Dabei spielten zwar vor allem Sonderbelastungen eine Rolle, die sich auf 8,7 Milliarden Euro summierten, heißt es in einer Untersuchung des Center of Automotive Management (CAM), die am Donnerstag veröffentlicht wurde. „Die Nullmarge zeichnet damit ein zu negatives Bild des laufenden Geschäfts."
Zugleich zeige aber die bereinigte Marge von 3,8 Prozent, dass Volkswagen seine

Kostenbasis und die Ertragskraft weiter verbessern müsse, um eine längerfristige Wettbewerbsfähigkeit zu sichern.
Quelle: Tagesspiegel

14. **Zukunft der Gasnetze bei 38 Prozent der Stadtwerke noch offen**
2045 will Deutschland mit Fernwärme, Wärmepumpen oder grünen Gasen statt Öl und Erdgas heizen. Stadtwerke und kommunale Energieversorger prüfen auf Basis der aktuellen Gesetzeslage, welche Stränge ihres Gasnetzes sie dann weiter mit Biomethan betreiben, auf Wasserstoff umrüsten oder stilllegen.
Aus einer Umfrage des Verbandes kommunaler Unternehmen (VKU) unter 757 Stadtwerken und kommunalen Energieversorgern geht hervor, dass die Unsicherheit leicht sinkt, doch bei 38 Prozent der Unternehmen noch nicht feststeht, was mit ihrem Gasnetz passiert. Im Vorjahr waren es noch 46 Prozent. Die Hälfte der Stadtwerke setzt für die Zukunft auf eine Mischung aus Fernwärme und Wärmepumpen. (…)
Auf die Frage „Was planen Sie mit Ihrem Gasnetz“ antworteten 38 Prozent der befragten Unternehmen, dass das noch nicht feststehe. Ingbert Liebing,
Quelle: Verband kommunaler Unternehmen e.V.
15. **Sie sind gegen den Staat, dem sie ihren Reichtum verdanken**
Paulina Borsook analysierte die technolibertäre Ideologie – und wurde zur Persona non grata erklärt. Ihr Buch „Cyberselfish“ wurde neu aufgelegt. […]
In ihrem Buch nahm Borsook das Weltbild der jungen Internet-Start-up-Gründer im Silicon Valley der späten 1990er Jahre aufs Korn, die zu dieser Zeit das Netz zu einem Marktplatz machten. Hellsichtig arbeitete sie die Ideologie heraus, die sich hinter der Fassade der coolen Computerfreaks verbarg, die unter der Woche aus ihrer Garage heraus in Shorts und übergroßen T-Shirts die Welt veränderten und am Wochenende beim Burning-Man-Festival in der Wüste tanzten.
Jenseits ihres unkonventionellen Auftretens vertraten viele der Tech-Unternehmer eine Ideologie, in der Markt und Wettbewerb als überlegene Formen gesellschaftlicher Ordnung gelten. Ihr persönlicher Erfolg sei das Resultat ihrer Intelligenz und Eigeninitiative, nicht ihrer gesellschaftlichen Privilegierung und auch nicht der Milliarden von Dollar, die das US-Verteidigungsministerium über Jahrzehnte in die Entwicklung der neuen Computer- und Netzwerktechnologie gesteckt hatte.
Quelle: taz